

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der  Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 4 mal wöchentlich: Montags, Mittwochs, Freitags, Samstags.
(Für Postbezug nur 5 maliges Erscheinen, die Freitags-Nummer wird der Samstag-Nummer beigelegt.)

Redaktion u. Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Paul Jorjick in Viebrich a. Rh.

Rotations-Druck und Verlag der Buchdruckerei Guido Zeibler in Viebrich a. Rh.

Stille Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 gespaltene
Colonelzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Reklamezeile 25 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 40 Pfg. einchl.
Bringerlohn; zu gleichem Preise, aber
ohne Bestellgeld, auch bei Postbezug.

N^o 143.

Mittwoch, den 13. September 1911.

5. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Bekanntmachung.

Das Gehen in den Weinbergen, Baumgewannen und Wegen
des Erlaubnisweins von dem Behälter ist bei Strafe verboten.
Hochheim, den 23. August 1911.

Die Polizeiverwaltung: W a l d.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Herbstordnung für den Landkreis Wiesbaden
vom Jahre 1898 sind alle Weinberge (auch Wäldchen), welche an
öffentliche angrenzten, mit einem Zaune zu schließen. Es wird auf
diese Vorschrift besonders aufmerksam gemacht und das Unterlassen
bestraft.

Hochheim a. M., den 4. September 1911.

Die Polizeiverwaltung: W a l d.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Rennen auf der Wiesbadener Rennbahn bei
Erdbeim am Sonntag, den 17., Dienstag, den 19. und Donners-
tag, den 21. September ds. J., wird zur Regelung des Fußgänger-,
Reit- und Fuhrverkehrs für die Zeit von 1—2½ und 5½—7 Uhr
nachmittags folgendes bestimmt:

1. Zur Vermeidung von Unglücksfällen dürfen sich die Fuß-
gänger, soweit sie nicht zur Erreichung der auf der Nordseite
belegenen Häuser den nördlichen Bürgersteig unbedingt be-
nutzen müssen, nur auf dem südlichen Bürgersteig der Frank-
furter Straße bewegen.
2. Die Frankfurter Straße ist für Reiter-, Radfahrer und alle
nicht der Personenbeförderung dienende Fahrzeuge verboten.
3. Der Durchgangsverkehr von Fahrzeugen auf der Frank-
furter Straße, von der Rheinstraße bis zur Gemarkungs-
grenze (Siegelei Wirt) ist in der Zeit von 1—2½ Uhr nach-
mittags für alle aus der Richtung Erdbeim kommende und
in der Zeit von 5½—7 Uhr nachmittags für alle aus der
Richtung Wiesbaden kommende Fahrzeuge verboten.
4. Sämtliche Kraftfahrzeuge (Automobile) haben auf der Fahrt
zum Rennplatz und zurück den Fahrweg der Frankfurter
Straße längs der Bordsteine des südlichen Bürgersteiges zu
benutzen.
5. Sämtliche mit Pferden bespannte Personenzugwerke haben
auf der Fahrt zum Rennplatz und zurück die Mitte des
Fahrweges der Frankfurter Straße, zwischen dem für
Kraftfahrzeuge bestimmten Wegeraum und dem Straßen-
bahngelände zu benutzen.
6. Sobald bei mehreren der zu 4 und 5 genannten daselbe
Ziel verfolgenden Fahrzeugen eine Reihenfolge von 3 und

mehr Fahrzeugen entsteht, hat jedes neu hinzukommende
Fahrzeug sich dem letzten in der Reihe anzuschließen. Kein
Fahrzeug darf aus der Reihe ausbrechen, vordringend über-
holen oder sich in die Reihe eindrängen.

7. Sämtliche Fahrzeuge dürfen nur mit mäßiger Geschwindigkeit
fahren; Kraftfahrzeuge nicht über 15 Kilometer in der
Stunde.

8. In der Frankfurter Straße ist das Halten von Fahrzeugen
nur soweit gestattet, als das Ein- und Aussteigen der An-
wohner dies unbedingt erforderlich macht.

Es wird erwartet, daß die gegebenen Vorschriften genau be-
folgt werden, da nur dadurch ein geregelter Verkehr von und nach
dem Rennplatz erzielt werden kann.

Inbesondere ist den Anordnungen der Schutzmannschaft un-
bedingt Folge zu leisten, namentlich, wenn sie durch Erheben
der rechten Hand das Zeichen zum „Halten“ gibt, was hauptsächlich
bei der Einfahrt der Straßenbahnwagen aus der Rheinstraße in
die Frankfurter Straße erforderlich werden wird.

Da bei den letzten Rennen einzelne Ausfuhrer von herrschaft-
lichen Fuhrwerken gegen diese Anordnungen verstoßen haben, wer-
den die Befugnisse der Bediensteten ganz besonders die Be-
folgung vorsehender Maßnahmen einzuführen.

Zusammenfassend gegen diese Bestimmungen werden auf
Grund der Straßenpolizei-Verordnung vom 10. Oktober 1910 mit
Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle
eine Haftstrafe bis zu 3 Tagen tritt, bestraft.

Wiesbaden, den 1. September 1911.

Der Polizeipräsident: J. B. Wald.

Nichtamtlicher Teil.

Nachrichten aus Hochheim u. Umgebung.

— **Hochheim.** Eine interessante Naturfremde kann der
Wanderer zur Zeit auf dem Wege von hier nach Hirsheim be-
obachten. In der Nähe des hiesigen Friedhofs steht nämlich ein
mächtiger Apfelbaum, der über und über mit reifen Früchten be-
laden ist und dabei in seiner ganzen Ausdehnung einen ungemein
reichen Blütenreichtum zeigt. Zwischen den blendend weißen Blüten
schauen Tausende rotangiger Äpfel hervor, was einen wahrhaft
bezaubernden Anblick darbietet.

— Ein junger Mann von hier soll sich in Wiesbaden gelegent-
lich der dortigen Nach-Schicht in unflätlicher Weise vergangen
haben. Am Montag wurde in dieser Sache von Seiten der hiesigen
und hiesigen Polizei nachgefragt.

— Einen neuen Wächter hat die Jungensfeld'sche Wiesen-Mühle
wieder erhalten. Größere bauliche Veränderungen sowie der Aus-
bau des abgebrannten Flügelhauses wird bald in Angriff genom-
men. Die Arbeiten sind der Baufirma Joh. Philipp Sommer
übertragen.

— Das ehemalige Kaiser-Ouders'sche Gartengelände an der
Wilhelmstraße ist jetzt dem Krankenhaus-Garten angeschlossen und
mit einer gleichartigen Mauer wie letzterer versehen. Der ganze an-
sehnliche Geländekomplex des Elisabethen-Vereins einschließlich
Krankenhaus und Kinder-Bewahrschule umfaßt jetzt eine Front an
der Wilhelmstraße von der Burgell- bis zur Spohnheimstraße und
an der westlichen Front die gleiche Länge in der Mannstraße.
In der Breite zieht es am südlichen und nördlichen Ende von der
Mannstraße bis zur Wilhelmstraße, so daß die gemeinsamen An-
stalten nach jeder Richtung genügend Raum zur weiteren Ausdeh-
nung besitzen.

— Einem hiesigen Landwirte sollen in der Sonntag nacht am
Nordendstraße Weg zwei Apfelbäume geleert worden sein. Von den
Bäumen fehlt jede Spur.

— **Wiesbaden.** Schöffengericht. Der Statthalter Julius Schöfer
von Wiesbaden war im 1. Vierteljahr 1911 Kassierer des Bezirks-
vereins vom deutschen Statthalterverband und hatte Karten für die
Mitglieder des Bezirks-Vereins zu kleben. Er soll Karten doppelt
genutzt und dadurch die Vereinskasse um den geringen Betrag von
2.10 Mark geschädigt haben. Wegen Mangel an Beweisen wurde
der Angeklagte schließlich freigesprochen.

— **we. Strafkammer.** Der Hausierer P. Kr. von Viebrich
und seine Ehefrau haben nach Feststellung der Strafkammer wäh-
rend der Nacht vom 20. zum 21. März auf der verlassenen
Schieferhütte „Gute Hoffnung“ bei Bollmerseid einen alten
Säulenofen, Schienen, sowie die Hälfte eines Rollwagens wegge-
nommen, mittels fremden Fuhrwerks durch das Wiespatal abge-
fahren und schließlich nach Viebrich gebracht. Der Mann wurde zu
4 Monaten und die Frau zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die
Angeklagten bestreiten die Tat. Sie wollen die tatsächlich von ihnen
verkauften Sachen von einem Dritten erworben haben, dessen
Namen sie aber nicht anzugeben in der Lage sind.

— **Malz-Mombach.** Der Großverwalter in Hirsheim hat hier
eingeleitet. Die Ernte fällt trotz der enormen Hitze recht gut aus.
Die Preise stellen sich indes noch gut, da die Konjunkturschwäche
wegen des Mangels an anderen Konjunkturschwächen in diesem Jahre
eine starke Nachfrage zeigen. Ein großer Teil der Früchte ist
wohl infolge der Dürre vorzeitig abgefallen, doch waren die Frucht-
anfänge so reichlich, daß immer noch ein guter Ertrag verbleibt.
Der Preis bewegt sich je nach Qualität zwischen 15—30 Mark pro
Zentner.

— **Frankfurt.** Verhaftet wurde ein Ausländer namens Jakob
Hirsch, der aus einem Wertbrief, den er zur Post tragen sollte,
1000 M. herausgenommen und dafür Papierschnitzel hineingelegt
hatte. — Vor einiger Zeit ist nach Unterschlagung von 35.000 M.
der Postkassierer Esser aus Düsseldorf geflüchtet. Der hiesigen
Kriminalpolizei gelang es am Samstag, seine Geliebte, die ledige
Erna Meringer, zu verhaften, die den Defraudanten begleitet hat,
jetzt aber seinen Aufenthalt nicht kennen will.

„Im Interesse des deutschen Handels halte ich eine schnelle und
gründliche Verständigung mit Frankreich über die schwebenden
Streitfragen wirtschaftlicher Natur für wichtiger als die Frage der
Kompensationen. Ich glaube auch mit der übrigen nun allge-
mein Platz greifenden Anschauung liegen zu dürfen, daß diese Ver-
ständigung in ihren großen Grundlagen erzielt ist. Es handelt
sich meiner Ansicht nach jetzt für die deutsche Diplomatie im wesent-
lichen nur noch darum, die von ihr erlangten Vorteile in Vertrags-
form derart zu formulieren, daß sie nicht später von Unterorganen
Frankreichs gegen den Willen und die Absicht der französischen Re-
gierung fälschlich interpretiert werden können. Ein Zusammen-
gehen mit den Franzosen auf wirtschaftlichem Gebiet halte ich in
Marokko für unter allen Umständen geboten. Spalten wir Euro-
paer uns in feindliche Lager, so profitiert davon nur der Nachbar
als tertius gaudens.“

Diese Ausführungen des Herrn Renschhausen verdienen be-
sondere Beachtung, weil er nicht nur in der marokkanischen Han-
delswelt eine führende Stellung einnimmt, sondern sich auch durch
die Tat als Deutscher erwiesen hat.

Eine englische Stimme für Deutschland.

London. Während die konservativen Blätter in einer
Fülle langer Erörterungen fortfahren, die Marokkofrage mehr
oder weniger durch französische Gläser anzusehen und es als er-
wiesen annehmen, daß Deutschland Sonderrechte beansprucht, die
Frankreich im Hinblick auf das Vertragsrecht nicht gewähren
könnte, selbst wenn es wollte, greift die „Daily News“ mit einer
hervorragend deutschfreundlichen Bepredung ein. Sie führt aus:

Durch einen deutschenglischen Briefwechsel ist es in England
zum Glaubensartikel geworden, daß Deutschland nie das Rechte
tun kann. Weicht eine Macht von der deutschen Auffassung ab, so
genügt das, ihr unsere Sympathien zu sichern. Auf diese Weise ist
hier die Ansicht entstanden, daß Deutschland viel verlange und
nichts biete, wogegen einstweilen Zugeständnisse hauptsächlich
deutschseits gemacht wurden. Deutschland hatte ebenso viel
Recht, die Susprovinz zu besetzen wie Frankreich die Sahara und
Spanien das Rif und Tetuan. Es hat aber auf alle territorialen
Bestrebungen in Marokko verzichtet, was heutzutage viel heißen
will, überdies in ein französisches Protektorat eingewilligt,
verlangt dagegen eine Entschädigung am Kongo, die offene Tür in
Marokko und eine Garantie hinsichtlich der KonzeSSIONen. Die
ersten beiden Fragen bieten keine Schwierigkeiten, wohl aber die
letzte. Es verlaute, Deutschland besetze auf vorenthalten. Eine nicht
anzuzweifelnde Tatsache ist es jedoch, daß ein französisches Pro-
tektorat die Ueberweisung aller Bergwerke, Bahnen usw. an fran-
zösische KonzeSSIONäre bedeutet, die Frankreich in Marokko hinein-
jagten, und denen es nicht bloß um die Ausschließung Deutschlands,
sondern auch aller anderen Mächte zu tun ist. Befiehlt Deutschland
auf der Beibehaltung der durch die Abmachung von 1909 bean-
spruchten Garantien, so verlangt es eine Sonderstellung, auf die es
keinen Anspruch hat. Aber es sieht ihm zu, Garantien für seine

Deutschland aus einer unerträglichen Lage zu retten. Im Aus-
land scheint man sich darüber nicht klar zu sein. So brachte kürz-
lich der „Punch“ ein Bild des Kaisers in der Kaiseruniform, der
meintend die Hände vor das Gesicht schlägt und in die Worte aus-
bricht: „Niemand liebt mich, und alle wollen auf mir herum-
trampeln.“ Richtig zu diesem Bild ist, daß wir dank der fortge-
setzten Heharbeit von allen Seiten einer Welt von Feinden gegen-
überstehen, aber grundsätzlich ist der Gedanke, wir schliegen jam-
mernd die Hände vor die Augen. Im Gegenteil, wir halten die
Augen offen, und wenn jemand Lust hat, mit uns anzubinden, so
wird er erfahren, ob wir uns in weibliches Jammern verfallen,
statt zu handeln. In dem lauten Loben, mit dem die überhaupt
noch gar nicht veröffentlichten deutschen Gegenvorschläge auf die
französischen Angebote von der Pariser und einem Teil der eng-
lischen Presse behandelt werden, können wir nur den Versuch sehen,
zu blaffen. Es soll einerseits den Leitern der französischen Politik
dadurch klar gemacht werden, daß die öffentliche Meinung jedes
Zugeständnis an Deutschland mißbilligt, und daß sie deshalb den
Weg der völligen Ablehnung einschlagen müßten, andererseits will
man bei uns den Eindruck erwecken, nicht nur die Gruppe der in
Marokko interessierten Geschäftspolitiker und die von einer Re-
vanche träumenden Kreise widerstreben einer Verständigung, son-
dern auch das ganze französische Volk, und es wolle lieber einen
Krieg. Dieser Versuch ist zu durchsichtig, um nicht sofort erkannt
zu werden, und die vorantretenden Männer in Paris werden
wohl kaum Lust haben, sich dieser Art des Volkswillens zu beugen.
Im Gegenteil, die letzten amtlichen, allerdings nur ganz
knappen Anschauungen der französischen Regierung lassen den
Schluß zu, daß sie an ein gedeihliches Ende der Verhandlungen
glaubt, und dieser Ansicht können wir uns nur anschließen.“

Paris, 12. September. In dem heute nachmittags unter
Vorhitz des Ministerpräsidenten Caillaux abgehaltenen Ministerrat,
machte Minister des Äußern de Selves Mitteilung von dem
Stand der Verhandlungen mit Deutschland und von dem Inhalt
der Antwort, die er der deutschen Regierung zu geben gedenkt.

Wien. Alle hier aus Paris und London vorliegenden Re-
dungen stimmen darin überein, daß absolut kein Grund vorhanden
sei, wegen der Marokko-Verhandlungen ungeduldig und aufgereg-
t zu sein. Es sei wahrscheinlich, daß der Gang der Verhandlungen
sich in einem langsamen Tempo vollziehen wird, daß aber eine
Verständigung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Berlin, 12. September. Das von einem hiesigen Abend-
blatt verzeichnete Gerücht über die Ablösung des Kreuzers „Ber-
lin“ vor Agadir durch ein Kriegsschiff einer neutralen Macht ist
nach Erkundigungen von B. T. B. unbegründet.

Ein deutscher Sachverständiger über die Lage.

Der augenblicklich in Berlin anwesende Herr Renschhausen
aus Tanger, der als bedeutender deutscher Kaufmann und Unter-
nehmer in 20 Jahren wohl die reichsten Erfahrungen in Marokko
gesammelt hat, äußerte sich über die Lage wie folgt:

Marokko.

Kiderten beim Kaiser.

Berlin. Staatssekretär v. Kiderten-Wächter hatte am
Sonntag einen längeren Vortrag bei dem Kaiser im Neuen Palais.
— Ueber den Besuch schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Der Kaiser
besah am Sonntag vormittag Herrn v. Kiderten nach Potsdam,
um sich vor seiner Abreise ins Rheinland über die Einzelheiten der
marokkanischen Verhandlungen Vortrag halten zu lassen. Der
Staatssekretär nahm darauf an der Frühstückstafel teil.

Badige Beilegung der Schwierigkeiten.

Berlin, 11. September. Von besonderer Seite wird dem
„Volks-Anz.“ geschrieben: Nachdem es nunmehr sogar in Frankreich
in der öffentlichen Meinung feststeht, daß die deutschen Gegenvor-
schläge sich zunächst auf Garantien wirtschaftlicher Art beziehen,
schloß sich zunächst auf Garantien wirtschaftlicher Art beziehen,
so sei hiermit nochmals betont, daß Deutschland in seinem Vor-
schlage keinerlei Sonderrechte verlangt, auch nach Lage der Dinge
gar nicht verlangen kann, sondern daß es sich hauptsächlich um
Sicherstellung gegen Monopolisierung öffentlicher Arbeiten, Minen-
und Handelsrechte sowie gegen gewisse Geflogenheiten in der
Zoll-Abfertigung handelt, Garantien, die allen Nationen zu Gute
kommen werden. Nur die Abtretung des Kompensationsgebietes
würde den Gegenstand eines französisch-deutschen Sondervertrages
zu bilden haben, alle übrigen Bestimmungen aber als Zusatz des
Agadir-Abkommens angenommen werden, falls auch die übrigen
Signatarmächte einem eventuellen deutschen Vorschläge beistimmen.
Frankreich das Protektorat über Marokko zu übertragen, wenn es
die damit verbundenen Verpflichtungen, für die Aufrechterhaltung
von Ruhe und Ordnung den Mächten gegenüber einzustehen, zu
übernehmen bereit ist. In den hiesigen maßgebenden Kreisen
herrscht übrigens die Ansicht, daß die Marokko-Angelegenheit in
der Hauptsache, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten
sollten, bis zum Ende dieser Woche beigelegt sein werde.

Die französische Antwort.

Die französische Regierung ist zur Zeit mit der Ab-
fassung der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge beschäftigt,
die natürlich vor ihrem Abgang nach Deutschland noch dem Mi-
nisterrat vorgelegt werden wird. Es kann vielleicht damit gerechnet
werden, daß sie bis Ende der Woche in Berlin eingetroffen sein
wird und daß von diesem Zeitpunkt an die deutsche Regierung in der
Lage sein wird, die etwa erforderlichen Gegenbemerkungen zur
französischen Antwortnote zu entwerfen. Daß eine nachmalige Er-
klärung von deutscher Seite nötig sein wird, ist nach dem bis-
herigen Lauf der Dinge nicht unwahrscheinlich, aber ebenso be-
rechtigt die bisherige Abwicklung der Verhandlungen zu dem
Schluß, daß beide verhandelnde Parteien auf eine befriedigende
Lösung der Angelegenheit hinstreben.

Ein ernstes Wort.

Die Köln. Ztg. schreibt: Was fehlt in der Augenblick nicht
eingetreten, wo der Appell an die Waffen das einzige Mittel wäre,

